

A n t r a g

der Parlamentarischen Gruppe der FDP

EntschlieÙung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 7/8591 -

Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Thüringer Haushaltsgesetz 2024 -ThürHhG 2024-)

Zuwanderungsfreundliche Thüringer Verwaltungen und Behörden

I. Der Landtag stellt fest:

1. In jedem zweiten deutschen Betrieb gibt es Probleme, offene Stellen zu besetzen.
2. Es besteht in allen Branchen und Qualifikationsniveaus enormer Fach- und Arbeitskräftemangel.
3. Aktuelle Schätzungen ergeben, dass bei derzeit bundesweit 1,8 Millionen unbesetzten Stellen allein in diesem Jahr 90 Milliarden Euro Wertschöpfung verloren gingen.
4. Mehr denn je ist Thüringen auf qualifizierte Einwanderung angewiesen, denn unbesetzte Stellen verringern die Wirtschaftskraft und gefährden den Wohlstand im Freistaat.
5. Thüringer Behörden und Verwaltungen müssen "internationaler" werden, um eine solide Basis für eine steigende und zielführende Arbeits- und Fachkräftezuwanderung zu schaffen.
6. Die vorherrschenden Fremd- und Muttersprachen in der Europäischen Union sind Englisch, Deutsch und Französisch, wobei Englisch die am häufigsten verwendete Arbeitssprache ist.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Englisch als zusätzliche Sprache in Thüringer Verwaltungen und Behörden stufenweise bis zum Jahr 2030 einzuführen, indem

1. sämtliche Dokumente, die im Zusammenhang mit den Basisleistungen stehen, auf englischer Sprache bereitgestellt und vorzulegende Urkunden auf Englisch anerkannt werden;
2. bis Ende des Jahres 2024 eine Evaluierung in Thüringer Verwaltungen durchgeführt wird, welche Fremdsprachenkenntnisse wo vorhanden sind;
3. bei Neueinstellungen auf vorhandene Fremdsprachenkenntnisse, vor allem in Bereichen mit direktem Bürgerkontakt, wie beispielsweise beim Finanzamt, den Ausländerbehörden, beim Bürgerbüro et cetera, geachtet wird;
4. entsprechende Weiterbildungsangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienst der Länder und Kommunen ab dem Jahr 2025 zur Verfügung gestellt werden;
5. in allen Ausbildungen der Verwaltung beziehungsweise im öffentlichen Dienst das Fach "Verwaltungsenglisch" ab 2026/2027 verbindlich eingeführt wird.

Begründung:

Thüringen ist eines der Länder mit der höchsten Erwerbstätigenquote. Allerdings verringern abnehmende Bevölkerungszahlen und die zunehmende Alterung der Bevölkerung das Erwerbspersonenpotenzial. Die Arbeitsmarktsituation wird weiterhin verschärft, da neben dem zu leistenden Ersatzbedarf durch den demografischen Wandel auch der Erweiterungsbedarf aufgrund neu geschaffener Stellen weiter steigt.

Bereits jetzt erwarten 85 Prozent der Unternehmen aufgrund der Personalengpässe die unterschiedlichsten Effekte.

Neben dem Produktivitätsverlust aufgrund von Personalengpässen kann es zu Qualitätsminderung durch überlastete Mitarbeiter kommen, da diese in der Eile Fehler machen. Verzögerungen und Qualitätsprobleme führen zu Unzufriedenheit bei Kunden, was sich negativ auf den Umsatz und die Rentabilität auswirkt.

Die Innovationsfähigkeit des Unternehmens wird beeinträchtigt, weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzliche Aufgaben übernehmen, um die Lücken zu füllen. Dabei bleibt keine Zeit mehr für Weiterbildung oder Innovationen, sondern führt zu Überarbeitung und Stress. Die Arbeitsunzufriedenheit nimmt durch ständige Überlastung zu, was wiederum zu einer höheren Fluktuation führen kann. Durch chronischen Stress und Überarbeitung kann sich das Risiko für gesundheitliche Probleme, wie Burnout, erhöhen.

Fehlendes Personal hat für alle Beteiligten gravierende Folgen. Dies gilt nicht nur für die betroffenen Unternehmen, sondern auch für Thüringen. Wachstums- und Wohlfahrtspotenziale wie auch öffentliche Einnahmen stehen auf dem Spiel. Unternehmen, die nicht effizient arbeiten, beeinträchtigen die Wirtschaftskraft einer Region. Langfristige Engpässe können die Notwendigkeit hervorheben, das Bildungs- und Ausbildungssystem anzupassen, um die Lücken zu schließen.

Der Arbeitskräftemangel ist für die Thüringer Wirtschaft zu einer zentralen Herausforderung geworden. Ohne Personal gibt es kein Wachstum und keine Wohlstandssicherung. Um die Folgen aufgrund des Arbeitskräftemangels verringern zu können, ist es wichtig, die richtigen Voraussetzungen für die dringend benötigte Zuwanderung aus dem Ausland zu schaffen.

Die Einführung von Englisch als unterstützende Sprache für Verwaltungs- und Behördengänge ist ein Transformationsprozess, welcher zielorientiert durchlaufen werden muss. Es bedarf eines abgestimmten und systematischen Vorgehens, damit die gewachsenen Strukturen und gewohnten Prozesse sukzessiv weiterentwickelt werden können und rechtzeitig geänderte Rahmenbedingungen berücksichtigt werden.

Der Freistaat Thüringen sollte mit Vorbildfunktion in dieser komplexen Thematik vorausgehen und sich so die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand des Landes sichern.

Für die Parlamentarische Gruppe:

Montag